

# Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



## ...newsletter



Newsletter zur 50. Kalenderwoche 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

es muss gesagt werden: In 2010 hat Schwarz-Gelb politische Beschlüsse gefasst, die offenkundig ungerecht sind und bestehende Spaltungstendenzen in der Gesellschaft verschärfen werden - Geschenke an die Hoteliers, aber das Totsparen des Programms „Soziale Stadt“; höhere Beiträge, Zuzahlungen von ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen und Vorkasse von Patientinnen und Patienten, gleichzeitig Arbeitssuchenden, die zum Beispiel als ehrenamtliche Übungsleiter tätig sind, die steuerbefreite Aufwandsentschädigung wegnehmen. Nicht zu vergessen der Atombeschluss, der zu neuen massiven Proteste führt.

Mehr denn je wird es 2011 darum gehen, mit lauter Stimme und überzeugender Tatkraft für Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Gesellschaft zu streiten. Die Schere zwischen Arm und Reich wird nur geschlossen, Kinderarmut nur bekämpft, Lohndumping und Altersarmut nur wirksam zurückgedrängt werden, wenn die Politik starke Schultern mehr belastet als Schwache.

Dafür setze ich mich ein und möchte dieses zusammen mit Ihnen, zusammen mit Dir tun. Ich freue mich, dass die SPD mittlerweile in fast allen Bezirken ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Berliner Wahlen aufgestellt hat. Wir Sozis gehen mit kompetenten Frauen und Männern an den Start. Wir stehen gemeinsam und glaubwürdig für ein „Berlin miteinander“.

2011 wird kein leichtes Jahr für diejenigen in Politik und Zivilgesellschaft, die Verantwortung übernehmen für eine lebendige Demokratie, für einen starken Zusammenhalt. Daher ist es gut, auch einmal innezuhalten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, wünsch ich Dir eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, friedvolles neues Jahr.

Ihre/Deine

### Inhalt:

■ Dank an meine PolitikbegleiterInnen 2010	2
■ Klage und Vermittlungsausschluss	
Verfassungsklage für den Atomausstieg	2
Bundesrat stoppt ungerechte Regelsätze für Langzeitarbeitslose	2
■ Fraktion vor Ort	
Schaffen die Neubewertungen der Regelsätze mehr Chancengleichheit?	3
■ Gesundheitspolitik	
Fragestunde: Pflege	3
■ Arbeitsmarktpolitik	
Missbrauch der Leiharbeit verhindern	4
Fairness beim Berufseinstieg – Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen stärken	4
■ Rechtspolitik	
Menschenrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit	5
■ Gesellschaftspolitik	
Engagementpolitik im Dialog	5
■ Europapolitik	
Die Lösung heißt Europa	6
■ Energiepolitik	
Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes	7
■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin	
Seit 25 Jahren: Ein Bett in der Not	7
Junge Menschen sind nicht politikmüde	8
Zertifikatsvergabe im Rahmen des Projekts RADUGA	8
SchülerInnen der Prignitz-Schule im Bundestag	9
■ Terminhinweise	
Januar 2011	9



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

### ■ Dank an meine PolitikbegleiterInnen 2010

Mein Dank geht in erster Linie an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an Antje Schwarzer, Domagoj Ratkovic, Kai Gudra, Manuela Harling, Matthias Geisthardt und Selini Tsekeridou-Knittel.



Sie können es selbst am besten ermesen, was es bedeutet, für eine Bundestagsabgeordnete tätig zu sein. Unabhängig davon, ob der Arbeitsort im Bundestags- oder Wahlkreisbüro liegt, immer sind Professionalität, Kompetenz und Engagement erforderlich, werden Flexibilität und Organisationstalent abverlangt, werden Leidenschaft und Emotion eingebracht. Angesichts der Vielfalt der politischen, der sozialdemokratischen Gestaltungsnotwendigkeiten sind gute Nerven eine notwendige Beigabe. All das leisten Antje, Domagoj, Kai, Manuela, Matthias und Lina tagtäglich. Dafür danke ich auf's herzlichste und wünsche uns allen ein fröhliches und erfolgreiches Jahr 2011.

Danken möchte ich allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und auch all jenen, die sich unermüdlich für Solidarität und sozialen Zusammenhalt, für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Ich wünsche uns gemeinsam hierfür Erfolg.

### ■ Klage und Vermittlungsausschluss

#### Verfassungsklage für den Atomausstieg



Wie angekündigt legen Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Verfassungsklage ein gegen den schwarz-gelben Ausstieg aus dem Atomausstieg. Ich bin dabei!

#### Bundesrat stoppt ungerechte Regelsätze für Langzeitarbeitslose

Schwarz-Gelb hat's verpatzt! Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat's verpatzt! Daran ändern auch ihre falschen Erklärungen nichts, es läge an der SPD, dass das am 03. Dezember von den CDU/CSU- und FDP-Fraktionen



beschlossene Gesetz zur Neuregelung der Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger nicht wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert zum 01. Januar 2011 in Kraft tritt. Überheblich hat die Arbeitsministerin noch vor einigen Tagen erklärt, sie wolle „ihr“ Gesetz auch ohne Rücksicht auf die SPD durchsetzen. Das dieses zustimmungspflichtig ist, ist auch nicht erst seit gestern bekannt.

Die SPD hat seit dem 10. Februar ihre Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit bekundet - dafür aber richtigerweise Forderungen gestellt. Im Gegensatz zu Frau von der Leyen wollen wir nämlich sowohl Buchstaben als auch Geist der Vorgaben des Gerichtsurteils wirklich erfüllen und somit Erwachsenen als auch vor allem Kindern Chancengerechtigkeit zukommen lassen.

Unsere sozialdemokratischen Forderungen sind Erstens: Die Berechnungen zur Höhe der Regelsätze müssen transparent und nachvollziehbar sein - und nicht nur so ein Gemauschel nach Kassenlage wie jetzt. Zweitens: Wir wollen ein echtes Teilhabe- und Bildungspaket, nicht nur für Kinder von Langzeitarbeitslosen sondern auch für die 140.000 Jungen und Mädchen von Geringverdienenden. Das Geld für das besser auszustattende Bildungspaket soll an die Kommunen und nicht an die völlig überforderten Jobcenter gehen. Wir wollen echte Bildungschancen für alle Kinder, u.a. durch mehr SozialarbeiterInnen an den Schulen. Drittens: Wir wollen den Mindestlohn zur Sicherstellung eines existenzwürdigen Lohns für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das von der Bundesregierung und den CDU/CSU und FDP-Fraktionen immer wieder ins Spiel gebrachte Lohnabstandsgebot klappt existenzsichernd nur mit einem Mindestlohn. Die von Schwarz-Gelb intendierte Lohnspirale nach unten wird SPD-seitig auf das Schärfste abgelehnt.

Nun hat heute der Gesetzentwurf erwartungsgemäß den Bundesrat nicht passiert. Wir sind bereit! Schon vor Tagen haben wir dafür Sorge getragen, dass die konstituierende Sitzung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat unmittelbar stattfinden kann. Wir werden sehen, wie früh Schwarz-Gelb endlich aufwacht und ob sich Frau von der Leyen Richtung solider Arbeit bewegt. Der erarbeitete Kompromiss muss dann auf jeden Fall noch von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. Selbstverständlich bin ich jederzeit im Interesse von langzeitarbeitslosen und geringverdienenden Menschen zu Sondersitzungen bereit. Also: Frau von der Leyen, machen Sie hinne.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

### ■ Fraktion vor Ort

#### Schaffen die Neubewertungen der Regelsätze mehr Chancengleichheit?



Am 15.12. fand meine Veranstaltung zu den Gesetzesänderungen des Arbeitslosengeldes II in den Räumen des AWO-Bundesverbandes statt.

Ich freue mich, dass trotz des Termins inmitten der Weihnachtsvorbereitungen so viele Interessierte Zeit gefunden haben und mitdiskutieren wollten. Gabriele Hiller-Ohm MdB, unsere Expertin in der SPD-Bundestagsfraktion für das Arbeitslosengeld II nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und XII, gab einen kritischen Rückblick auf die Entwicklungen seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor 2 Jahren, nach dem die Regelsätze als willkürlich und intransparent kritisiert wurden und das Recht auf Bildungsteilhabe insbesondere von Kindern eingefordert wurde. Insgesamt 9,6 Mio. Erwachsene und 1,7 Mio. Kinder in Deutschland erhalten Leistungen der Jobcenter oder Sozialhilfe, das sind mehr als 10% der Bevölkerung!

Die minimale Erhöhung des Erwachsenenregelsatzes vertuscht die maximalen Einsparungen im Sozialbereich, die Frau von der Leyen mit ihrem Gesetzentwurf durchsetzen will. Ich kann diese Politik nur als klare Richtungsentscheidung von Schwarz-gelb begreifen: immer mehr Individualisierung von immer weniger Leistungen nach SGB II und XII, d. h. Leistungen auf Antrag, statt Ausbau und Stabilisierung von staatlichen Strukturen, die allen Familien gleichermaßen Bildungs- und Aufstiegschancen für ihre Kinder bieten.



Den Mehrausgaben im sogenannten Bildungspaket in Höhe von 950 Mio. Euro stehen mehr als 2,5 Mrd. Euro Einsparungen bei Familien und Arbeitslosen gegenüber. Da kann von Verbesserung auch bei einer Er-

höhung um 5 Euro im Monat keine Rede sein. Größter Kritikpunkt aber ist nicht nur von mir und Gaby Hiller-Ohm, sondern auch von den anderen ExpertInnen der AWO, Johannes Wörn, des Zukunftsforums Familie, Barbara König, und des Deutschen Kinderschutzbundes, Andreas Kalbitz, dass die Rechengrundlagen für die Neufestsetzung der Regelsätze für Kinder und Erwachsene weiterhin intransparent und mangelhaft sind. Diese orientieren sich an der Bevölkerungsgruppe, die zu den



unteren 15 % (bei Kinderregelsätzen 20%) der Einkommensskala in Deutschland zählen. Damit wird eine Referenzgruppe gebildet, die schon jetzt von Bildungsteilhabe weitgehend ausgeschlossen bleibt, weil sie zusätzliche Angebote nicht bezahlen kann.

Wirkliche Bildungsteilhabe aller Kinder ist, so die DiskutantInnen der Verbände, eigentlich nur mit einem Systemwechsel möglich.

Ich freue mich über die Ablehnung des Gesetzes im Bundesrat, weil es die Chance für Nachverhandlungen eröffnet. Aber auch wenn diese das Schlimmste abwenden, zur Umkehr der Richtungsentscheidung braucht es zuerst eine neue Bundesregierung.

### ■ Gesundheitspolitik

#### Fragestunde: Pflege

Am Mittwoch, den 15. Dezember, wurde bei der Fragestunde im Bundestag unter anderem das Thema Pflege behandelt. Meine Fragen an die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin



Annette Widmann-Mauz bezogen sich zum Einen auf die Ausgestaltung der Pflegeversicherung. Dabei ging es mir vor allem um die Verbesserung des Personalschlüssels und der Situation der Fachkräfte.

Zum Anderen bezog ich mich in einer weiteren Frage auf das Thema Fachkräftemangel. Derzeit sind nur 3 bis 6 Prozent der jungen Menschen an einer Ausbildung und Tätigkeit in Gesundheits- und Pflegeberufen interessiert. Deshalb habe ich gefragt, durch welche Maßnahmen das Bundesgesundheitsministerium die Ausbildungsbereitschaft in Pflegeeinrichtungen erhöhen will.

Weiterhin wollte ich wissen, mit welchen Kampagnen die Vielschichtigkeit unserer Gesellschaft in einem interkulturell offenen Pflege- und Gesundheitswesen abgebildet wird.

Leider habe ich keine wirklichen Antworten auf meine Fragen erhalten. Sowie so wurde nichts Konkretes zur Pflegeversicherung verkündet. Schallplattenartig wiederholte die Staatssekretärin Widmann-Mauz, dass die Bundesregierung noch über keine Planungen zu einem Finanzierungskonzept verfüge. Wieder ein Beispiel dafür, vollmundige Ankündigungen, die sich als Luftnummer herausstellen.

### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

### ■ www.mechthild-rawert.de



■ **Arbeitsmarktpolitik**

**Missbrauch der Leiharbeit verhindern**



Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) stellt mit der Leiharbeit Unternehmen ein unkompliziertes Instrumentarium zur Verfügung, Auftragsspitzen zu bewältigen oder für einen vorübergehenden Ausfall von Beschäftigten schnell Ersatz zu finden. Viele der geltenden Regelungen des AÜG haben sich als Einfallstor für weitreichenden Missbrauch erwiesen, da die vorhandenen Leiharbeitstarifverträge deutlich hinter den Verdiensten und Arbeitsbedingungen der StammarbeiterInnen zurückbleiben.

Nichtsdestotrotz hat inzwischen der überwiegend von Männern ausgeübte Umfang der Leiharbeit deutlich zugenommen. Missbrauch in der Leiharbeit hat zu Lohn-dumping und einer Zunahme prekärer Beschäftigung geführt. Jeder achte Leiharbeitsbeschäftigte ist trotz Vollzeit-tätigkeit auf ergänzende staatliche Unterstützung angewiesen. Mit der vollständigen Umsetzung der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011 droht sich die Situation weiter zu verschärfen. Sich dem Lohn-dumping zu entziehen, wird dann auch für seriöse Leiharbeitsunternehmen deutlich schwieriger. Mehr als die Hälfte aller Leiharbeitsverhältnisse dauert zudem keine drei Monate. Leiharbeit wird wegen der niedrigen Löhne von den Einsatzbetrieben häufig zur Lohnkosten-senkung genutzt, indem die Stammebelegschaften reduziert und stattdessen LeiharbeiterInnen eingesetzt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am vergangenen Dienstag einen Antrag formuliert, in dem wir detailliert aufzeigen, welche Regelungen ein Gesetzentwurf in diesem Bereich beinhalten muss. Dabei sind vier entscheidende Bedingungen zu berücksichtigen:

- **Gleiches Geld für gleiche Arbeit:** Der „Equal Pay“-Grundsatz im Verhältnis von LeiharbeiterInnen und Leiharbeitnehmern zu StammarbeiterInnen muss gelten. Darüber hinaus fordern wir einen nicht nur für die Leiharbeit, sondern für alle Branchen geltenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro.
- **Keine Verträge von Fall zu Fall:** Das große Arbeitslosigkeitsrisiko von LeiharbeiterInnen rührt auch daher, dass die Verträge oft nur für die Dauer des Einsatzes befristet werden. Dies soll nicht mehr erlaubt sein. Der Entleiher muss auch in Zeiten ohne Arbeitseinsatz weiter im Arbeitsverhältnis stehen und entlohnt werden.

- **Klar „mitbestimmt“:** Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte für in ihrem Betrieb eingesetzte LeiharbeiterInnen und Leiharbeitnehmern.
- **Ein Platz, ein Jahr:** Der Einsatz einer Leiharbeiterin oder eines Leiharbeitnehmers soll nur „vorübergehend“ sein. Nach einem Jahr sind Leiharbeitseinsätze zu beenden. Diese Höchstüberlassungsdauer von einem Jahr ist gesetzlich festzulegen. Sofern der Arbeitskraftbedarf im Entleihbetrieb über ein Jahr andauert, ist eine Festanstellung angemessen, denn dies belegt, dass Bedarf an einer dauerhaften Arbeitstätigkeit im Unternehmen besteht.

**Für Fairness beim Berufseinstieg – Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen stärken**

(Antrag der SPD-Fraktion, Dr. 17/3482)

Weil wir überall in der Arbeitswelt auf junge Menschen treffen, die eine abgeschlossene Ausbildung, aber keine reguläre Beschäftigung haben, fordert die SPD mehr Rechte für PraktikantInnen, die oftmals trotz guter Abschlüsse un- oder unterbezahlt arbeiten müssen. Zu viele Fachkräfte von morgen und übermorgen verkümmern in Deutschland im Wartesaal Praktikum. Jede vierte Hochschulabsolventin, jeder Dritte mit schulischer Ausbildung und jede Fünfte mit betrieblicher Ausbildung steigt per Praktikum in den Beruf ein, obwohl die Ausbildung abgeschlossen ist, das Studium mit Erfolg absolviert wurde und im Rahmen der Ausbildung selbstredend auch viele Praktika abgeleistet wurden. Damit jungen Menschen der Berufseinstieg erleichtert wird, fordert der Antrag, dass vor allem Praktika nach Ausbildungsabschluss bezahlt werden und zeitlich eng begrenzt bleiben. Außerdem muss gesetzlich klargestellt werden, dass Arbeitsverhältnisse, die lediglich als Praktikum deklariert werden, den gleichen Lohn- und Gehaltsanspruch begründen wie reguläre Stellen. Anders als bisher muss den Arbeitgeber dabei die Beweislast treffen. Außerdem fordern wir, den Kündigungsschutz zu verbessern, indem Praktikumszeiten angerechnet werden. Pflichtpraktika müssen in die Regelstudienzeit aufgenommen werden. Zum Teil ähnliche Forderungen haben die Grünen und die Linke in eigenen Anträgen aufgestellt. Leider sind sie der SPD nicht gefolgt, die Anträge federführend an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zu überweisen, wo er unserer Meinung nach hingehört. Die Federführung der weiteren Beratungen



liegt nun beim Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

■ **Rechtspolitik**

## Menschenrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit



Für alle den Menschenrechten verpflichteten Staaten, Gesellschaften und Religionsgemeinschaften ist der Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit eine große Herausforderung. Das

Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit ist in zahlreichen internationalen und regionalen Menschenrechtskonventionen und in nationalen Verfassungen verankert. Es ist religiös-weltanschaulich neutral und bezieht sich auf die Freiheit des einzelnen Menschen. Eine kritische Auseinandersetzung mit Religionen ist durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Auch wir setzen uns für den weltweiten Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit ein. Die Renaissance der Religion ist zu einem globalen Trend geworden. In der globalisierten Welt suchen viele Menschen wieder verstärkt im Glauben Sinn und Sicherheit. Insbesondere durch das Erstarken fundamentalistischer Bewegungen steigt aber auch das Konfliktpotential. Oft geht es nur vordergründig um Religion, da politische, soziale und wirtschaftliche Motive eine ebenso große Rolle spielen. Leidtragende dieser auch gewalttätigen Konflikte sind meist religiöse Minderheiten. In vielen Staaten ist die Religions- und Glaubensfreiheit nicht gewährleistet.

Unser Antrag „Das Menschenrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit als politische Herausforderung“ beschreibt die Situation in ausgewählten Staaten sowie die Probleme verschiedener religiöser Minderheiten. Er greift auch die aktuelle Diskussion in Europa auf, ebenso wie politische und rechtliche Aspekte der Religionsfreiheit in Deutschland. Hierzu gab es eine namentliche Abstimmung.

■ **Gesellschaftspolitik**

## Engagementpolitik im Dialog

Seit der 1999 von der SPD-Fraktion initiierten Enquête-Kommission „Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ wurde einiges für Engagierte in Deutschland ver-



bessert. Dazu gehören die Anerkennung der Freiwilligenagenturen als gemeinnützige Organisationen, der Ausbau des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes für Engagierte, die zivilrechtlichen Haftungsbegrenzungen für ehrenamtliche Vorstände von Vereinen und Stiftungen sowie auch die Einberufung eines „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“, das im Diskurs mit der Bürgergesellschaft eine „Nationale Engagementstrategie“ des Bundes vorbereiten sollte. Die am 06. Oktober 2010 beschlossene Engagementstrategie der jetzigen Bundesregierung sollte die gute Arbeit der letzten Jahre fortsetzen und systematisieren.

Trotz anderslautender Ankündigungen hat aber der Beschluss der Bundesregierung die vom Nationalen Forum entwickelten Vorschläge nicht aufgenommen.

Das Nationale Forum des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagements arbeitet dennoch weiter an Verbesserungen. Um mehr Menschen zu beteiligen, wurde die Plattform „engagementzweinnull.de“ eingerichtet. Bis zum 17.12. wurden auch Online-Interviews mit EngagementpolitikerInnen geführt. Das folgende ist von engagementzweinnull mit mir am 15. Dezember in facebook geführt worden:

### 1. Warum ist für Sie bürgerschaftliches Engagement wichtig?

Bürgerschaftliches Engagement ist das Salz, die Würze unserer Demokratie. Demokratie lebt durch das Engagement vieler. Ich unterstütze daher eine starke, eine lebendige Bürgergesellschaft, in der alle Menschen, ob jung, ob alt, ob Mann, ob Frau sich ihre eigene Meinung bilden und artikulieren können. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Mit unserem bürgerschaftlichen Engagement bringt jede / jeder Einzelne zum Ausdruck, dass sie, dass er etwas für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten möchte und dafür auch Mitverantwortung und Mitbestimmung übernimmt.

### 2. Wie ist Ihre Einschätzung zum Kabinettsbeschluss zur nationalen Engagementstrategie?

Von der SPD Bundestagsfraktion gibt es eine Reihe von Kritikpunkten, die wir auch in unserer Großen Anfrage „Engagement im Dialog mit der Bürgerschaft“ zum Ausdruck gebracht haben. Mein Hauptvorwurf am Kabinettsbeschluss ist, dass er keine wirkliche Strategie darstellt, sondern im besten Falle eine Liste von Einzelmaßnahmen. Engagement braucht aber eine wirkliche Strategie, um alle Arbeitsfelder und alle Dimensionen von Engagement mit einzubeziehen.

## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

Ich ärgere mich natürlich sehr, dass die von der SPD erfolgreich und von Jung und Alt sehr angenommenen Jugendfreiwilligendienste durch die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes konterkariert werden. Ich ärgere mich sehr darüber, dass die Bundesregierung nur so tut, als ginge es ihr um die Stärkung einer BürgerInnen-gesellschaft. Wenn sie diese von allen getragene solidarische BürgerInnen-gesellschaft wirklich wollte, hätte sie das Programm „Soziale Stadt“ nicht tot gespart. Ich ärgere mich weiterhin, dass Arbeitslose künftig für ihr bürgerschaftliches Engagement abgestraft werden. Wer als erwerbsloser Mensch eine Aufwandsentschädigung für sein oder ihr Engagement erhält, soll dieses vom Arbeitslosengeld abgezogen werden - so will es Frau von der Leyen und die Bundesregierung.

### 3. Warum sollte man sich an dem Dialog zur nationalen Engagementstrategie beteiligen?

Wie gesagt: Bürgerschaftliches Engagement ist die Basis unserer Zivilgesellschaft. Eine Nationale Engagementstrategie darf sich nicht beschränken auf einzelne Bereiche von Engagement, sondern muss versuchen, geeignete Rahmenbedingungen für Eigenverantwortung, Partizipation und Selbstgestaltung aller Bürgerinnen und Bürger in jedem Lebensbereich zu stärken. Wenn viele BürgerInnen aufzeigen, was sie erwarten, ist dies doch ein Beweis für lebendige Demokratie.

Ich fordere also dazu auf, sich zu beteiligen. Wenn möglichst viele Aktive einen Diskussionsbeitrag leisten, wird auch die Arbeit des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, des BBE, vorangebracht - z.B. über das Dialogforum Engagementzweinnull.

### 4. Blicken wir in die Zukunft. Welche Rolle wird Engagementpolitik in 5 Jahren spielen?

Das kommt sehr darauf an, wie die Weichen jetzt von der Politik gestellt werden: Angesichts sehr knapper Mittel in vielen Länder- und Kommunalhaushalten ist die Gefahr groß, dass bürgerschaftliches Engagement als Ersatz für staatliches Handeln eingesetzt werden soll. Das darf aber nicht sein. Da sollte die Engagementpolitik klare Grenzen ziehen, damit z.B. der Betreuungsbedarf von älteren und hilfebedürftigen Menschen nicht in erster Linie ehrenamtlich abgedeckt wird und fehlende Fachkräfte ersetzt. Dieses Engagement muss ein zusätzliches Plus für die Betroffenen bleiben. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die Sicherung von Engagementpolitik.

Mir ist aber auch das kleinteilige, lokale Engagement von Initiativen und Vereinen wichtig. Hier vermisste ich noch mehr Unterstützung. Es fehlen noch „große“ Strategien, die auch die kleinen, nicht so gut vernetzten Engagierten

mitdenken und dafür zu sorgen, dass ihnen vor Ort, lokal, eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Ein Thema ist z.B. der zunehmend fehlende öffentliche Raum für Sitzungen, Aktionen, Bürotätigkeiten und als Lagerplatz. Es kann nicht sein, dass hier immer die privaten Wohnzimmer erhalten müssen. Wir brauchen mehr öffentliche Bürgerhäuser.

## ■ Europapolitik

### Die Lösung heißt Europa



Angela Merkel hat die Warnungen der EZB in Ihrer Regierungserklärung am 15.12. zum Europäischen Rat, der sich am 16.12. mit der Krise des Euros befasst,

zurückgewiesen und den Verhandlungsspielraum vorzeitig eingeschränkt. Was wir - laut Frank-Walter Steinmeier - eigentlich brauchen, um als Europäische Union voranzukommen, ist ein umfassendes Maßnahmenpaket für die Finanzmärkte und für ein innereuropäisches Frühwarnsystem gegen Staatsüberschuldung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihren Kommentar mit einem umfassenden Entschließungsantrag zur Plenardebatte am 15.12.2010 kommentiert (Drucksache 17/4183).

Darin setzen wir uns dafür ein, die privaten Gläubiger jeweils an der Krisenbewältigung zu beteiligen, um die Finanzrisiken nicht allein auf die SteuerzahlerInnen abzuwälzen. Daneben werden verschiedene Einzelforderungen erhoben, die Währungskrisen künftig verhindern helfen sollen: Aktuelle kapitalmarktorientierte Unternehmen in der Europäischen Union müssen nach den internationalen Bilanzierungsregeln der IFRS (International Financial Reporting Standards) ihre Bilanz erstellen; die EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen („Basel II“), nach der Staatsanleihen im Standard-Verfahren nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen, soll für die Laufzeit des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus als genereller Regelfall festgeschrieben werden und während der Laufzeit des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus, bis 30. Juni 2013, müssen zusätzliche Maßnahmen zur Entlastung sowohl von Hilfe empfangenden und als auch Hilfe gebenden Mitgliedstaaten ergriffen werden wie Zinssenkungen und geregelter Teilschuldenerlass.

Für alle Akteure und Produkte am Finanzmarkt müssen strenge Regularien gelten, die von einer europäischen Kontrollinstanz kontrolliert werden - gemäß der auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh geforderten Grundsätze. Nur

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ www.mechthild-rawert.de



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

dann kann ein Frühwarnsystem greifen, das erneute Zusammenbrüche wie den Irlands oder Griechenlands verhindert.

Weitere Forderungen unseres Antrags sind: Bessere Abstimmung und Harmonisierung der EU-weiten Steuergesetze (z.B. der Unternehmensbesteuerung, Zinsbesteuerung, Mehrwertsteuer), mehr Transparenz bei Finanzproblemen einzelner Länder.

Der Entschließungsantrag endet mit drei Sätzen, die ich voll unterstütze: „Die Europäische Union befindet sich in einer historischen Bewährungsprobe. Nationale Egoisten dürfen den gemeinschaftlichen Zusammenhang nicht gefährden. Kein Land wird für sich allein die Krise lösen können. In dieser Situation ist mehr Koordinierung wichtiger denn je. Die Europäische Union ist und bleibt unsere Chance, die Globalisierung gestalten zu können.“

### ■ Energiepolitik

#### Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

(Drucksachen 17/3055, 17/3307 und 17/4234)

Die SPD-Bundestagsfraktion hat an dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromgesetzes kritisiert, dass es sich in dreierlei Hinsicht nahtlos in die Liste der Gesetze einreihet, die in den letzten Wochen hier im Parlament beschlossen wurden. Dabei werden systematisch Lobbygruppen begünstigt und die Verbraucherinnen und Verbraucher belastet.



Beispiel Agrardiesel: Durch den Wegfall der Mengenbegrenzung und des Selbstbehalts werden große Betriebe begünstigt. Während ein 100-Hektar-Betrieb in den Genuss von Steuerermäßigung in Höhe von knapp 1000 Euro kommt, sind es bei einem 1000-Hektar-Betrieb 30 000 Euro.

Beispiel Fernwärme: Mit Streichung der energiesteuerlichen Begünstigung für die Fernwärmeversorgung werden circa 4 Millionen Haushalte mehr Heizkosten bezahlen müssen; allein in Berlin werden ungefähr 600 000 Haushalte tiefer in die Tasche greifen müssen. Und das, obwohl der Bundesrat – einschließlich der CDU-Geführten Länder, sich für den Erhalt der Begünstigungen ausgesprochen hatte.

Gerade BerlinerInnen und BewohnerInnen anderer Ballungsräume wissen aber, dass neben den schon erwähnten

Belastungen für viele private Haushalte diese Politik auch klimapolitisch verfehlt ist.

Das Gesetz ist mit Wirkung zum 01.01. und 01.04.2011 gegen die Stimmen der Opposition beschlossen worden.

### ■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

#### Seit 25 Jahren: Ein Bett in der Not



Die Krisenwohnung des Berliner Notdienst für Suchtmittelgefährdete und abhängige Berlin e.V. ist sie eine der ältesten Einrichtungen des Berliner Drogenhilfesystems.

Sie feierte am 15. Dezember ihr 25-jähriges Bestehen. Die Krisenwohnung verfügt über 15 Schlafplätze und zwei Notbetten und stellt drogenabhängigen Frauen und Männern für die Dauer von maximal vier aufeinander folgenden Wochen eine Unterkunft zur Verfügung. Im Winter steht das Haus von 19.30 Uhr bis 09 Uhr morgens offen. Mit fast 5000 Übernachtungen im Jahr und einer Belegungsquote von fast 95 Prozent könnte sie sich gut mit Berliner Hotels messen, führte Michael Hoffmann-Bayer, Geschäftsführer des Drogennotdienstes, humorvoll aus.

Auch in der Krisenwohnung gelten hohe Standards an Sauberkeit und Hygiene. Das Angebot einer Grundversorgung wie ein Dach über dem Kopf, ein sauberes Bett, etwas zu Essen und eine Möglichkeit zum Duschen ist notwendige Voraussetzungen dafür, Hilfen von Beratungsstellen, Krankenhäusern oder Therapieeinrichtungen überhaupt wahrnehmen zu können.

Für die langjährige professionelle Arbeit dieser Brückenfunktion der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe ich mich auch als Mitglied des Gesundheitsausschusses im Bundestag auf's herzlichste bedankt.

Die Information, dass es erstmals seit 2002 keinen „Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung“ in diesem Jahr von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung (FDP) gibt, erntete Unverständnis. Dies ist auch deshalb besonders ärgerlich, da der Drogen- und Suchtrat sich erst vor einem Monat konstituiert hat. Ein verlorenes Jahr.

Seit einigen Wochen hängt in meinem Tempelhofer Wahlkreisbüro ein Bild, das Besucherinnen des Frauentreffpunkts Olga, einem weiteren Projekt des Vereins, geschaffen haben. Es wurde von Prostituierten gestaltet, die zum größten Teil drogenabhängig sind. Es drückt ihre Wünsche und Träume aus, meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben es „Vier Quadratmeter Leben(sträume)“ genannt. Damit verbindet

## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

mich direkt etwas mit dem Drogennotdienst. Um Leben und um Lebensträume gehe es auch hier in der Krisenwohnung.

### Junge Menschen sind nicht politikmüde



Meinem Versprechen folgend besuchte ich am 10. Dezember einen Politik-Leistungskurs an der Robert-Blum-Oberschule. Diese hat am 30. September den Titel „Schule gegen Rassismus - Schule mit Courage“ verliehen bekommen und alle SchülerInnen sind willens, sich als SOR-SMC-Schule für ein vorurteilsloses und friedliches Zusammenleben in der Schule und im Schöneberger Norden stark zu machen.

Der vorausgegangene Besuch der SchülerInnen der Robert-Blum-Schule im Bundestag hatte diese animiert, mich in ihre Schule zu holen. Prompt habe ich reagiert und mich den vielfältigen Fragen der Jugendlichen gestellt: Wer sind meine Vorbilder? Wie sah mein Engagement als Jugendliche aus und was unterscheidet bzw. verbindet dieses mit meinem heutigen politischen Engagement? Was tun PolitikerInnen, damit sie volksnah bleiben? Welche Konsequenzen haben die WikiLeaks-Veröffentlichungen für das Vertrauen in der Politik?

Auf meine Nachfrage hin schätzten alle Jugendlichen ihre weiteren Chancen auf ihrem Lebensweg als positiv ein. Dabei sahen sie auch Vorteile gegenüber dem nachfolgenden Jahrgang, bei dem doppelt so viele junge Erwachsene ins Studium oder in die Ausbildung strömen werden. Die Jugendlichen äußerten im Gespräch mit mir ebenfalls ihr Interesse am Eintritt in eine Partei. Gerne bin ich „Brückenbauerin“ zur SPD und den Jusos.

Weitere von den Jugendlichen angesprochenen Punkte waren unter anderen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine doppelte Staatsbürgerschaft und die Haltung der SPD zu diesem Thema, „Stuttgart 21“ und die Frage nach Möglichkeiten der Teilhabe und Partizipation aller am Gemeinwesen.

### Zertifikatsvergabe im Rahmen des Projekts RADUGA



„Für Gleichstellung und Freiheit - und ich bin dabei“, rief stolz eine der 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Abschlussworkshop von MultiplikatorInnen im Projekt RADUGA aus. RADUGA - russisch für Regenbogen - ist ein Projekt gegen Diskriminierungen und Gewalt für Toleranz gegenüber sexueller Vielfalt bei russischsprachigen MigrantInnen aus den GUS-Staaten. Die Zertifikatsvergabe fand am 7. Dezember im Rathaus Schöneberg statt. Gegen Mehrfachdiskriminierungen und Gewalt sexueller Vielfalt muss tagtäglich angegangen - für Selbstbestimmung und Akzeptanz muss gekämpft werden. Als eine der beiden Schirmherrinnen des Projektes bin ich stolz darauf, dass RADUGA erfolgreich zeigt, dass Vorurteile durch Aufklärung und Bildung zu beheben sind. Dabei beschäftigt sich RADUGA zum ersten Mal in der Geschichte der ZuwanderInnen aus den verschiedenen Republiken der ehemaligen Sowjetunion mit dem Thema „Sexuelle Vielfalt“. Sexuelle Vielfalt wird in den vielen Herkunftsländern gesellschaftlich nicht akzeptiert und zu häufig noch mit Diskriminierung und Gewalt verfolgt. Das vom Integrationszentrum Harmonie e.V. in enger Kooperation mit GLADT e.V. entwickelte umfangreiche Schulungsprogramm greift diese Vorurteilsstrukturen auf und klärt unter anderem über Geschlecht und Sexualität, LSBTTI-Lebensweisen, Strategien gegen Homo- und Transphobie auf. Gleichzeitig informiert die Schulung über sexuell übertragbare Krankheiten und Prävention und über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Die TeilnehmerInnen werden somit befähigt, sich in Zukunft als MultiplikatorInnen engagiert und sachkompetent für die Toleranz und Akzeptanz sexueller Vielfalt und für ein verständnisvolles und offenes Miteinander einzusetzen.

Für die erfolgreiche Teilnahme am Schulungsprogramm erhielten die MultiplikatorInnen im Rahmen eines Abschlussworkshops ein Zertifikat, welches auch ein wichtiges Dokument für ihren beruflichen Werdegang darstellt. Die Zertifikate wurden von den beiden Schirmherrinnen Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte von Tempel-



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

hof-Schöneberg, und mir, Mechthild Rawert, überreicht.

### SchülerInnen der Prignitz-Schule im Bundestag



Demokratie braucht Courage. Trotz anhaltender Sicherheitswarnungen haben die Schülerinnen und Schüler der Prignitz-Schule, einem Zentrum zur Förderung der Inklusiven Pädagogik aus Berlin-Friedenau, an ihrem Besuch im Deutschen Bundestag und auf der Kuppel am 07. Dezember festgehalten.

Am Eingang Nord wurde die Gruppe bereits von Mechthild Rawert erwartet. Während der Führung erläuterte sie den SchülerInnen die Geschichte, Architektur und Funktion des Gebäudes. Von ganz besonderem Interesse war die Besichtigung des Plenarsaales. Von der Besuchertribüne aus, erklärte Mechthild Rawert ihren Gästen den Ablauf einer Plenarsitzung und die Sitzverteilung und Stärke der einzelnen Fraktionen. Die CDU/CSU-Fraktion ist mit 239 Sitzen die stärkste Fraktion, gefolgt von der SPD-Fraktion mit 146 Sitzen, der FDP-Fraktion mit 93 Sitzen, der Fraktion Die Linke mit 76 Sitzen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 68 Sitzen.

Einer der Höhepunkte für die jungen Gäste war der Besuch der Fraktionsebene. Sie erhielten dort die Möglichkeit, selbst eine Fraktionssitzung nachzustellen. Dabei durften sie die Plätze der Vorstands-Mitglieder einnehmen. Persönlich einmal im Sitzungssaal der SPD-Bundestagsfraktion den Fraktionsvorsitzenden spielen zu können, war für die Jugendlichen ein besonderes Erlebnis. Mechthild Rawert möchte allen Schülerinnen und Schülern an dieser Stelle ganz herzlich für die Teilnahme danken.

Im Fraktionsvorstandssaal erläuterte die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert den SchülerInnen anhand verschiedener Unterlagen den Ablauf einer typischen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag. Der Besuch endete für die Schülerinnen und Schüler auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes. Dort verabschiedete sich Mechthild Rawert von ihnen.

### ■ Terminhinweise

Vom 20.12. bis zum 07.01. bleibt das Wahlkreisbüro geschlossen. Mails und Telefonnachrichten werden unregelmäßig abgerufen.

Das Bundestagsbüro ist vom 23.12. bis zum 07.01. geschlossen. Auch hier werden Mails und Telefonnachrichten unregelmäßig abgerufen.

#### Freitag, 7. Januar 2011

*BürgerInnen-Sprechstunde*

15:00 – 18:00 Uhr

Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin-Tempelhof  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str., U6)

**Bitte unbedingt anmelden unter:**

[mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de) oder telefonisch unter:  
72 01 38 84. Auch wenn das Büro offiziell geschlossen ist, nehmen wir Ihre Anmeldung wahr.

#### Donnerstag, 20. Januar 2011

*Diskussionsrunde zum Thema Gesundheitspolitik*

Im Zuge des Stadtteiltages in Reinickendorf-West veranstaltet Jörg Stroedter, MdA, eine Diskussionsrunde zum Thema Gesundheit.

19:00 – 22:00 Uhr

Ratskeller Reinickendorf

#### Mittwoch, 26. Januar 2011

*FES-Podiumsdiskussion: Pro Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz- Kontra Rassismus und Ausgrenzung*

18:00 – 20:00 Uhr

Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

#### 28./29. Januar 2011

*17. Netzkonferenz: Die Gesundheitsreform(en) 2011 – Fortschritt oder Rückschritt?*

Grand Hyatt Berlin, Marlene-Dietrich-Platz 2, 10785 Berlin

#### Sonntag, 30. Januar 2011

**Internationaler Holocaustgedenktag: ERINNERUNG  
BRAUCHT EINEN ORT**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert gedenkt jährlich mit einer Veranstaltung in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg der Opfer und ihrer Leiden. Dieses Jahr findet die Gedenkveranstaltung vor dem Haus Schwäbische Straße 25 in Schöneberg statt. Aus dem Haus sind ab 1942 achtundzwanzig jüdische Menschen deportiert worden. Die Hausgemeinschaft hat zu deren Gedenken eine Ehrentafel am Haus angebracht. Die Veranstaltung, zu der alle herzlich eingeladen sind, wird mit Worten der Zeitzeugin Rahel Mann begleitet.

13:00 Uhr, Schwäbische Straße 25, Berlin-Schöneberg

**Weitere Termin-Infos unter:**

[www.mechthild-rawert.de/date-browser](http://www.mechthild-rawert.de/date-browser)

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de)

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@bundestag.de)

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

